

ÜBERBLICK

■ EZA-Sonderprojekt westlicher Balkan



Ergebnisse des Auftaktseminars zum Sonderprojekt für Arbeitnehmerorganisationen im westlichen Balkan zum Thema „Sozialen Dialog stärken – Europäische Integration gestalten“ im vergangenen September in Triest
Seite 2

■ USO zur Situation in Spanien



Forderungen und Lösungsansätze für die prekäre Situation auf dem spanischen Arbeitsmarkt
Seite 3

■ Duales Ausbildungssystem

Rolle der Sozialpartner bei der Förderung von Berufsausbildungssystemen und Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Kooperation
Seite 4

■ Solidarität zwischen den Generationen

Ergebnisse des Seminars von ZD NSi im vergangenen Oktober in Ankaran
Seite 4

■ Neu im EZA-Netzwerk

Drei neue Mitgliedsanwärter und ein neuer Beobachter bei EZA
Seite 4

EDITORIAL



*Liebe Freunde,
der soziale Dialog kann zu Recht als ein Instrument bezeichnet werden, das in der Vergangenheit wesentlich zum sozialen Frieden in Europa beigetragen hat. Dennoch sind Arbeitnehmervertreter permanent gefordert, soziale Rechte einzufordern. Deshalb können sie stolz sein auf die Anerkennung ihrer Arbeit durch die Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU. Das ist die eine Seite der Medaille ... Die zweite Seite der Medaille sieht anders aus: Sie hat einen bitteren Beigeschmack, denn die Realität zeigt in einigen europäischen Ländern ange-*

sichts der Maßnahmen zur Bewältigung der Krise ein anderes, ein ratloses Bild mit ungewissem Ausgang für den sozialen Frieden.

Rumänien – als ein Beispiel – ist besonders hart betroffen. Dort geht der wirtschaftliche Aufbau nicht ausreichend mit sozialer Sicherung und der Kontrolle von Rechtsnormen einher. Die Reformen der Regierung in Bezug auf die Beschneidung des Arbeitsrechts und des Rechts zum sozialen Dialog erzeugen ein beträchtliches Maß an Unsicherheit in der tariflichen Auseinandersetzung, ganz zu schweigen von den Sparmaßnahmen, die sich auf die gesamte Bevölkerung auswirken.

Ein Arbeitnehmervertreter muss sich auf allgemein verbindliche Standards des gemeinschaftlichen Arbeitsrechts berufen können. Um Unterstützung ihrer Rechte suchend, wenden sich Gewerkschaften an europäische Institutionen – bisher leider ohne erkennbaren Erfolg.

*Ihre Roswitha Gottbehüt
Generalsekretärin*

EZA im Haushaltsjahr 2011/2012

Ich wurde 2011 zum Vorsitzenden von EZA gewählt. Das war mitten im Haushaltsjahr 2011/2012 mit seinen geplanten Aktivitäten. Im Juli erschien unser Jahresbericht, der auf der [Webseite von EZA](#) verfügbar ist.

Das übergeordnete Ziel aller EZA-Aktivitäten ist, über den sozialen Dialog in der Europäischen Union zu informieren und ihn zu fördern.

Im Bildungsprogramm 2011/2012 wurden 67 Aktivitäten mit fast 4000 Teilnehmer/innen durchgeführt. Über 50 unserer Mitgliedsorganisationen waren an diesen Aktivitäten beteiligt, die sich über die gesamte EU erstreckten. Alle unserer Mitglieder standen in diesem Zeitraum aufgrund der Wirtschaftskrise vor großen Herausforderungen. Dennoch haben die EZA-Organisationen die Aktivitäten genutzt, um Lösungen für die

enormen Probleme zu suchen, die die Krisen nach sich ziehen.

In einigen Ländern schien das Konzept des sozialen Dialogs an sich infrage gestellt zu werden. Die Tarifautonomie, die durch die ILO und die Grundrechtecharta der Europäischen Union garantiert wird, wurde in einigen Ländern eingeschränkt. Sozialer Dialog ist jedoch ohne diese Verhandlungsfreiheit nicht möglich. Eine weitere wesentliche Vorbedingung für den sozialen Dialog ist gegenseitiger Respekt. Die Regierungen haben oft keinen Respekt für die Sozialpartner und manchmal begegnen sich die Sozialpartner untereinander nicht mit Respekt. EZA arbeitet daran, seinen Mitgliedern bei der Bewältigung dieser neuen Herausforderungen für den europäischen sozialen Dialog zu helfen.

Bartho Pronk, Präsident von EZA

EZA-Sonderprojekt für Arbeitnehmerorganisationen im westlichen Balkan gestartet



Teilnehmerinnen und Teilnehmer beim Auftaktseminar des Sonderprojekts für Arbeitnehmerorganisationen im westlichen Balkan im September 2012 in Triest

Der Soziale Dialog in den Ländern des westlichen Balkans bedarf noch an vielen Stellen der Verbesserung. Dies war eine der Erkenntnisse aus dem Auftaktseminar von EZA zum Start des bis Februar 2014 angelegten **Sonderprojekts** für Arbeitnehmerorganisationen im westlichen Balkan mit dem Titel „Sozialen Dialog stärken – Europäische Integration gestalten“, das in Zusammenarbeit mit MCL (Movimento Cristiano Lavoratori) / EFAL (Ente Nazionale per la Formazione e l'Addestramento dei Lavoratori) und mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union am 18. und 19. September 2012 im italienischen Triest organisiert worden war.

Rund 35 Vertreterinnen und Vertreter von Arbeitnehmerorganisationen aus Kroatien, Serbien, der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien, Montenegro, Bulgarien, Belgien, Deutschland, Italien, den Niederlanden und Österreich trafen sich, um den Zustand des Sozialen Dialogs in der Region zu analysieren und Erfahrungen zum Umgang mit den entsprechenden Herausforderungen und Perspektiven auszutauschen.

Ziel des Seminars war es, die Partner der Region in ihrer Zusammenarbeit zu stärken und auch die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und anderen Arbeitnehmerorganisationen anzuregen.

Dazu wurden mehrere Bildungsveranstaltungen vorbereitet, in denen Arbeitnehmerthemen bearbeitet werden sollen, die in der Region aktuelle Bedeutung haben. Sie werden von den EZA-Mitgliedszentren BIE International, ÖZA, WOW, EUROFE-DOP, MCL/EFAL und UNASM koordiniert.

Joachim Hülsmann, Autor der von der EU-Kommission in Auftrag gegebenen „Studie über den Sozialen Dialog in den Ländern des westlichen Balkans“, Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung e.V., schilderte die dortige, aktuelle Situation der Gewerkschaften mit ihren verschiedenen Konfliktebenen. Wichtig sei eine Umstrukturierung der Gewerkschaftsverbände und eine stärkere inhaltliche Positionierung der Gewerkschaften, die auch gegenüber den Regierungen klarer Position beziehen müssten. Ganz offensichtlich ist das Erreichen eines besseren Sozialen Dialogs im westlichen Balkan kein einfacher Prozess.

In der Diskussion wurde deutlich, dass der Soziale Dialog dort eher eine Tradition als sozialer Monolog hat. Die anwesenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Region äußerten den Wunsch, echte Rechtsstaatlichkeit zu realisieren, allerdings müssten von allen Beteiligten dann auch die Spielregeln eingehalten werden. Brisant sei, dass Regie-

rungsvertreter oft ihre eigenen Gesetze nur unzureichend kennen. Gerichtsverfahren, um Arbeitnehmerrechte einzufordern, dauerten viel zu lange. Moniert wurde auch eine konfrontative Haltung, auf deren Grundlage man eher nach dem suche, was trennt, als nach dem, was verbindet. Eine Tatsache sei außerdem, dass die vorhandenen Arbeitgeberorganisationen schwach sind und von den Arbeitnehmerorganisationen oft mit Skepsis angesehen würden. Gleichwohl seien die Gewerkschaften in Serbien dabei, ein Weißbuch der Zusammenarbeit zu erstellen.

Als problematisch wurde die Rolle der multinationalen Unternehmen erachtet, die dazu neigten, die Rechte der Arbeitnehmer auf ein Minimum zu reduzieren. Klar geäußert wurde der Wunsch nach besserem Informationsaustausch und nach einer Vernetzung innerhalb des Balkans, um dadurch an Stärke zu gewinnen, außerdem nach einer fundierten Ausbildung für Vertreter von Arbeitnehmerorganisationen, um die Regeln der Sozialen Dialogs besser zu kennen. Oft seien Arbeitnehmerorganisationen noch nicht ausreichend gewappnet, um den Sozialen Dialog aktiv zu bewerkstelligen. Deutlich wurde, dass die Arbeitnehmerorganisationen an Kraft verlieren, da sich die Mitgliedzahlen verringern und aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit neue Mitglieder nur unter Schwierigkeiten gewonnen werden können.

Geäußert wurde der Wunsch nach besserem Dialog zwischen Arbeitnehmerorganisationen und Organisationen der Zivilgesellschaft, da es diesbezüglich derzeit nur wenige Projekte gebe. Für Serbien wurde kritisch angemerkt, dass die Nichtregierungsorganisationen dort beispielsweise vom Staat in Konkurrenz zu Gewerkschaften finanziell gefördert werden.

Als wichtige Themenfelder für den Sozialen Dialog im westlichen Balkan wurden unter anderem die Bereiche Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, Tarifverträge, Bekämpfung der Armut, Überwindung der Schwarzarbeit, Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit und die Integration junger Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt genannt. ■

EZA-Mitgliedzentrum USO zur prekären Lage auf dem spanischen Arbeitsmarkt: Forderungen und Lösungsvorschläge

Aus Sicht der **Unión Sindical Obrera (USO)** zeichnet sich eine Rezession und dauerhafte Zerstörung von Arbeitsplätzen ab, gegen die weder die spanische Regierung noch die der anderen EU-Mitgliedsstaaten effektive Maßnahmen ergreifen, um den Beschäftigungsabbau und die allgemeine Verarmung der Arbeiterklasse zu verhindern. Sie lehnen sich zurück und sehen dabei zu, statt eine aktive Rolle zu spielen und effektive Abhilfemaßnahmen einzuleiten, um die dramatische Situation zu entschärfen.

Die Arbeitslosenquote liegt zurzeit in Spanien bei 25,02%, wobei die Jugendarbeitslosigkeit katastrophale 52% erreicht. Insgesamt sind fast 6 Millionen Menschen ohne Arbeit und 10% aller Haushalte ohne eine/n Erwerbstätige/n. Im letzten Jahr haben infolge der wirtschaftlichen Rezession, die uns noch immer in ihrem Würgegriff hat, täglich 2.290 Menschen ihren Arbeitsplatz verloren – d.h. 835.900 Menschen in einem Jahr. Der Arbeitsmarkt leidet weiter an den Folgen einer Arbeitsmarktreform, die die formulierten Ziele verfehlt.

In einer Zeit, wo die Fundamente der sozialen Sicherung und des Sozialstaats in Europa infrage gestellt und zum Teil unterhöhlt werden, war ein Seminar zu diesem Thema unabdingbar. Im Juni organisierte die Zentrale der USO das Seminar „Analyse und neue Herausforderungen des Sozialschutzes in der EU“, an dem Vertreter von 18 Organisationen aus sieben Ländern teilnahmen. Die Vorträge befassten sich mit der Entwicklung des Sozialstaats in den einzelnen europäischen Ländern und seinem derzeitigen Abbau. Sie behandelten außerdem die spanische Arbeitsmarktreform und verglichen sie mit ähnlichen Gesetzen und Maßnahmen in anderen EU-Ländern. Weitere Themen waren die zunehmende Armut sowie staatliche Renten in Europa und Spanien nach der Sozialversicherungsreform. Hervorgehoben wurden der Einfluss von Ratingagenturen, die Existenz von Steueroasen, das spanische und europäische Steuersystem, die Entwicklung der Volkswirtschaften in der Eurozone und Möglichkeiten zur Schaffung von Arbeitsplätzen in der Krise. Die Hauptschlussfolgerungen des Seminars waren die Notwendigkeit, den Sozialstaat



USO beim Generalstreik am 29. März 2012 in Madrid

mit hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen zu erhalten, der ein soziales und gerechteres Europa mit größerem Zusammenhalt gewährleistet. Die sozialen Organisationen müssen zusammen überlegen und analysieren, um gemeinsame Strategien zu erarbeiten, die die soziale Absicherung und ein Solidaritätssystem verteidigen, um die Rechte der



Teilnehmerinnen und Teilnehmer beim Seminar von USO zum Thema „Herausforderungen des Sozialschutzes in der EU“ im Juni 2012 in Madrid

schwächsten Gruppen in unserer Gesellschaft zu sichern. Wir müssen fordern, vorschlagen und gewährleisten, dass die europäischen Regierungen Politiken zur Wachstumsförderung, zur sozialen Absicherung und würdigen Arbeit verfolgen, die auf eine andere Wohlstandsverteilung und wirtschaftliches Gleichgewicht abzielen, um die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich aufzuhalten.

Daher hat USO seit 2010 mit der Organisation zahlreicher Massenkundgebungen und Demonstrationen reagiert,

einschließlich drei Generalstreiks. In den letzten Tagen hat USO in allen Landesteilen Demonstrationen organisiert, um ein Ende der Kürzungspolitiken zu fordern und an den Welttag der menschenwürdigen Arbeit zu erinnern. Unter dem Motto „Junge Menschen ohne Arbeit, eine Gesellschaft ohne Zukunft“ hat USO die Lage von 75 Millionen junger Menschen weltweit angeprangert, die derzeit ohne Arbeit sind; viele weitere Millionen sind in Gelegenheitsjobs oder prekären Beschäftigungsverhältnissen gefangen und Millionen neuer Arbeitssuchender haben keine Aussicht auf einen Arbeitsplatz.

Wir von USO rufen die spanische Regierung und die der anderen EU-Länder auf, die aktuellen Politiken einzustellen, die sie irrtümlicherweise weiter in Form der Beschneidung von Rechten und Dienstleistungen sowie der Stagnation und Unterwanderung der Beschäftigung, Wirtschaft, Rechte und Bedingungen der Arbeitnehmer, sozialen Leistungen und Diensten sowie Löhne und Gehälter des Großteils der arbeitenden Bevölkerung verfolgen. Diese verursachen untragbare Armut und soziale Ungerechtigkeit, während sie gleichzeitig die Realwirtschaft ersticken und Darlehen an Familien und Unternehmen unterbinden – genau das Gegenteil von dem, was dringend notwendig ist, um die aktuelle Krise durch Ankurbelung des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigung zu überwinden.

Joaquín Pérez da Silva, USO ■

Grenzüberschreitende Kooperation in der Berufsbildung

Ende August 2012 fand in Berlin ein Seminar des belgischen ACW und von EZA statt, das sich u.a. mit der Rolle der Sozialpartner bei der Förderung von Berufsausbildungssystemen befasste. Nachweislich ist die Jugendarbeitslosigkeit in denjenigen europäischen Mitgliedstaaten niedriger, in denen ein duales Ausbildungssystem existiert. Hermann Nehls vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) stellte als Ziel **dualer Berufsausbildung** die Berufsfähigkeit des Einzelnen in den Mittelpunkt. Mit dem Abschluss verfügen die ausgebildeten Fachkräfte über die Fähigkeit, den erlern-

ten Beruf nach festgelegten Qualifikationen auszuüben. Grundlegendes Prinzip ist die Einsicht, dass man jeden Beruf mit einem Mindestanteil von 50% „erlebbar“ erlernen muss: reflektierte Arbeitserfahrung ist die wesentliche Grundlage des Berufsbildungsplans. Auszubildende haben im Unternehmen einen vertraglich geregelten Status und ihre Entlohnung liegt bei mindestens einem Drittel der Fachkräfte. Nachweislich ist die betriebliche Berufsausbildung als Teil der dualen Ausbildung ein sich selbst finanzierendes System.

Sozialpartner, Wirtschaftsorganisationen, Berufsschulen und die Wissenschaft stellen in ihrem Dialog ein koordiniertes plurales Steuerungssystem dar, das Kompetenzen und Interessen sowohl auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene formuliert. Ihre Arbeit basiert auf dem Berufsbildungsgesetz. Die Teilnehmer der Veranstaltung waren sich einig, dass die berufliche Bildung besser auf die globalen Ansprüche antworten muss. Die Entwicklung von europäischen Kernberufen könnte dazu ein wesentlicher Schritt sein. ■

Generationsübergreifende Solidarität als Chance für mehr und bessere Arbeitsplätze

7¹ Teilnehmer/innen aus 14 Ländern kamen zu dem Seminar mit dem Titel „Generationsübergreifende Zusammenarbeit: Mögliche Wege aus der Krise – Der Einfluss von Sparmaßnahmen auf Arbeit, Familie und Generationen“, das ZD NSi (Združenje delavcev Nove Slovenije) vom 28. bis 30. Oktober 2012 im slowenischen Ankaran veranstaltete.

In Zeiten weltweiter Krisen hat die generationsübergreifende Solidarität zwei Seiten: Einerseits ist sie durch Kürzungsmaßnahmen und Tendenzen zum Abbau des Sozialstaats mehr denn je bedroht. Die Regierungen einiger EU-Mitgliedstaaten haben bei der Verabschiedung sozialer Maßnahmen die Situation der verschiedenen Generationen nicht ausreichend berücksichtigt. Vor allem in Zeiten von Kürzungen muss der soziale Dialog besonderes Augenmerk genießen. Ist dies nicht der Fall, kann es schnell passieren, dass eine Generation in der Krise eine

größere Last tragen muss als die anderen. Tiefgreifende demografische Veränderungen gefährden jedoch nicht nur die generationenübergreifende Solidarität, sondern bringen auch neue Möglichkeiten für ihre Weiterentwicklung. Soziale Neuerungen im Bereich des aktiven Alterns und der Förderung von Synergien zwischen den Generationen versprechen neue Dienstleistungen und sogar neue Arbeitsplätze. In der modernen westlichen Welt sind die technologischen Innovationen den sozialen um mindestens zwei Generationen voraus. In den nächsten zehn Jahren wird es erforderlich sein, unsere sozialen Strukturen zu erneuern, sonst wird sich die Krise noch verschärfen. Die beste Ebene dafür scheint die regionale zu sein und die beste Strategie darin zu bestehen, unterschiedliche Akteure (Gewerkschaften, Unternehmen, NROs, lokale Verwaltungen, wissenschaftliche Institutionen usw.) in den Prozess einzubinden.

Die generationsübergreifende Solidarität ist nicht nur eine Rückkehr zu unseren Wurzeln, sondern viel mehr. Sie schlägt die Brücke zwischen der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Sie ist nicht nur ein „notwendiges Übel“, sondern eine großartige Chance. *Matej Cepin, SAK* ■

IMPRESSUM

Herausgeber

EZA
Europäisches Zentrum für
Arbeitnehmerfragen
Johannes-Albers-Allee 2
53639 Königswinter
Tel. +49 - 22 23 - 29 98 - 0
Fax +49 - 22 23 - 29 98 - 22
E-Mail: eza@eza.org
www.eza.org

Redaktion

Roswitha Gottbehüt (verantwortl.),
Matthias Homey, Norbert Klein,
Victoria Znined

Gestaltung und Satz

HellaDesign, Emmendingen
E-Mail: helladesign@web.de

Fotos

EZA, USO

Erscheinungsweise

Jährlich 4 Ausgaben

Drei neue Mitgliedsanwärter und ein neuer Beobachter bei EZA

Bei einer Sitzung des EZA-Verwaltungsrats am 28. September 2012 in Ankaran, Slowenien, wurden drei neue Mitgliedsanwärter und ein neuer Beobachter in das EZA-Netzwerk aufgenommen.

Neue Mitgliedsanwärter sind die litauische Gewerkschaft **Solidarumas**, die mal-

tesische Gewerkschaft **Union Haddiema Maghqudin (UHM)** und die griechische Gewerkschaft **Dimokratiki Agonistiki Kinisi Ergazomenon (DAKE)**. Die slowenische **Socialna akademija (SAK)** ist neuer Beobachter. ■



Diese Publikation wird von der Europäischen Union finanziell unterstützt.